

Erkner – ungefiltert

Informationen der Fraktion DIE LINKE
in der Stadtverordnetenversammlung Erkner
Nr. 3/2015 vom 28. Dezember 2015

DIE LINKE.

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung Erkner

SVV am 8. Dezember: Bilanz und Ausblick

Stadtverordnete in Erkner bleiben sich treu – Streit bestimmt weiter das Klima

„Dürftige Ergebnisse bei viel Polemik“ überschrieb die *MOZ* ihre Berichterstattung über die

8. Stadtverordnetenversammlung (SVV) im Dezember 2015. Recht hat sie.

■ Badesteg und Sonnenuhr

Die Anträge der LINKEN zur Wiederöffnung des gesperrten Steges an der Badestelle am Dämeritzsee und zum Wiederaufbau der vom Kirchvorplatz entfernten Sonnenuhr (siehe Seite 5) wurden abgelehnt. DIE LINKE nerve mit diesen Anträgen seit langer Zeit. Sie müsse doch einsehen, dass die Mehrheit der Stadtverordneten beides nicht wolle.

Zur Zeit arbeiten die Verwaltung und wir Stadtverordnete an der Tourismuskonzeption. Die Stadt möchte ihr Profil als Anziehungspunkt für Gäste schärfen. Aber wie sieht die Realität aus? Seit die Stadt keinen Badebetrieb mehr mit der DLRG betreibt (sie hatte den Vertrag gekündigt), ist der auch mit Fördermitteln erbaute Steg mit einer Metalltür gesperrt, aber nicht gesichert, denn die Tür kann locker umgangen

werden. Man will verhindern, dass Kinder dort ins Wasser springen, weil es zu gefährlich sei. Im Wasser liegen auf einer Seite wohl noch Reste des alten Steges. (Wer hatte den damals neuen Steg zu verantworten, wer hat ohne Prüfung den Bau genehmigt?) Dort bestehe laut Bürgermeister wohl die Gefahr des Aufspießens. Der kommunale Versicherer würde da nicht mitmachen. Gut so, wenn sich Herr Kirsch sorgt, aber besser wäre doch, wenn er gemeinsam mit den Tauchern (beispielsweise den Erkneraner Bibern) mal richtig nachsehen lässt und eine Idee entwickelt, wie man den Missstand beseitigen könnte. Es ist alles nur Hörensagen. Es gibt nichts Schriftliches, kein Gutachten wurde je gezeigt. Also ein Fall von „Ist eben so!“

Nun haben wir vorgeschlagen, den Steg wenigstens zum Begehen oder als Anlegesteg für Boote zu öffnen, um die Sache touristisch aufzuwerten. Mehrere Anträge und Änderungsanträge unsererseits wurden abgelehnt, ohne eigene Vorschläge zu machen. Peter Catholy (SPD) sagt, er müsse ablehnen. was eigentlich schade ist, denn die Biber würden auch gern den Steg beim Spreetreiben nutzen. Lediglich ein CDU-Vertreter stimmte mit uns für den offenen Steg, weil sein Sohn dort auch gern gebadet hat und gesprungen ist. So bleibt der Steg nun eben „verschlossen“.



Der versperrte Badesteg – geöffnet nur für Gäste, die aus dem Wasser kommen ...

■ Änderung der Geschäftsordnung

Ein Antrag der LINKEN wollte eine Änderung der Geschäftsordnung erreichen. Zum Bericht des Bürgermeisters, den er zu Beginn jeder Sitzung gibt, sollten direkte Nachfragen der Stadtverordneten ermöglicht werden. DIE LINKE versprach sich davon mehr Klarheit in der Kommunikation und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Volksvertreter. Gegenseitige Vorwürfe folgten. DIE LINKE verbreite Unwahrheiten, arbeite mit Unterstellungen und Angstmache. Die Diskussion gipfelte in lautstarken mit Beleidigung gespickten Auseinandersetzungen zwischen Bürgermeister und Stadtverordnetenvorsteher auf der einen Seite und der Fraktion DIE LINKE auf der anderen. Nichtssagende Argumenten wie „Im Kreistag ist das auch nicht üblich ... die bisherige Praxis hat sich bewährt ... DIE LINKE will sich nur profilieren und den Ablauf der Sitzung in die Länge ziehen ...“, waren die Antworten. Um die Diskussion zu konkretisieren, nannte die Fraktion DIE LINKE die Frage, die sie gern an diesem Tag nach dem Bericht von Bürgermeister Kirsch gestellt hätte. „Alle Medien sind voll von Fragen zur Flüchtlingsunterbringung. Im Bürgermeisterbericht von Erkner fällt kein Wort dazu. Welche Position beziehen der Hauptverwaltungsbeamte und seine Verwaltung dazu?“ Nun direkt angesprochen bezeichnet der Bürgermeister unsere Meinung, dass er seinen Standpunkt in der Stadtverordnetenversammlung darstellen solle, als böswilliges „Geseiere“. DIE LINKE wisse aus der Veranstaltung in der

Kirche (Anfang September) und aus den Treffen des Flüchtlingsunterstützerkreises ganz genau, was er tue, dass er täglich unterschiedliche Gespräche führe. Den unschönen Streit beendete ein SPD-Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Diskussion und sofortige Abstimmung. Das Ergebnis: Die Mehrheit möchte den Bürgermeister nach seinem Bericht in Ruhe lassen. Ihn freut es.

Herrn Kirsch und die Verwaltung freut auch, dass ein weiterer Antrag der LINKEN mehrheitlich abgelehnt wurde, der darauf abzielte, die Fragen der Bürger aus der Einwohnerfragestunde und die gegebenen Antworten in das jeweilige Protokoll mit aufzunehmen.

Dem Antrag der LINKEN, eine Studie zur Verkehrsleitplanung Erkner Nord und zu zusätzlichen Parkflächen am Bahnhof anzufertigen, wäre fast das gleiche Schicksal widerfahren. Aber die Verwaltung berichtete, dass bereits daran gearbeitet werde. So konnte die Mehrheit nicht direkt „Nein“ sagen, sondern war mit der Verweisung in den Stadtentwicklungsausschuss einverstanden.

Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 8. Dezember standen weitere Anträge. Die CDU verlangte zu prüfen, ob und zu welchen Konditionen die vier 30-Stunden-Arbeitsplätze im Jugendclub Erkner auf 40 Stunden aufgestockt werden können. Der Antrag wurde sogar einstimmig angenommen.

wird. DIE LINKE bittet alle Bürgerinnen und Bürger, von ihrem Recht auf Mitwirkung Gebrauch zu machen. Einsicht in die Planungsunterlagen zu nehmen und Anregungen und Bedenken zu äußern, kann Einfluss auf das Stadtbild haben.

Einfluss auf das Leben in Erkner hat auch der zweite schwergewichtige Antrag, der vom Bürgermeister eingebracht wurde. Seit 2013 überfällig, beschloss die Mehrheit der Stadtverordneten die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes (2. Stufe) in der aktuellen Fassung. Nur acht Stellungnahmen von Bürgern und öffentlichen Institutionen waren dazu im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert worden. Wolfgang

■ Anträge des Bürgermeisters

Neben weiteren, weniger brisanten Anträgen, spielte auf der 8. Sitzung der Bebauungsplan Nr. 21 „Gesundheits-, Behörden- und Handelszentrum Bahnhof/Ladestraße“ eine große und zeitaufwendige Rolle. Die Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit wurden vorgestellt und abgewogen. Das Vorhaben soll weitere Handelsflächen für Erkner schaffen. Haben wir davon nicht schon genug? Unklar sind Verkehrsanbindung, Parkplatz (Investor will kein Parkhaus, da es sich nicht rechnet), Lärm- und Baumschutz. Die Stadtverordneten beschloss mit Mehrheit, dass der überarbeitete Planentwurf im Januar 2016 öffentlich ausgelegt

Specht (Parteiloser auf der Liste DIE LINKE) stellte am 8. Dezember den Antrag, die Woltersdorfer Landstraße als einen Aktionsschwerpunkt in den Plan aufzunehmen und den Ausbau eines geschlossenen Radwegenetzes voranzutreiben. Die Mehrheit sah zwar die Notwendigkeit ein – aber keinen Zusammenhang mit dem Lärmaktionsplan. Wie immer bei Anträgen der LINKEN: Ablehnung. Ein Mitarbeiter vom Landesministerium für Umwelt, der die Stadt seit langer Zeit im der Lärmaktionsplanung begleitet, brach eine Lanze für die Aufnahme der Radwegekonzeption in die Planung. Er bestärkte uns in der Meinung, dass das eine städtische Planung sei, egal ob wir dann für die Umsetzung

der Maßnahmen im Einzelnen direkt zuständig seien oder nicht. Die Stadtverordneten, die Verwaltung und der Bürgermeister sollten an einem Strang ziehen, wenn es um den Kampf für mehr Ruhe und Sicherheit in der Stadt geht.

Beschlüsse, die entscheidenden Einfluss auf das Leben in der Stadt haben werden, stehen auch künftig auf der Tagesordnung. Wir werden uns weiterhin einmischen. Im Januar 2016 geht es bereits um den Stadt-Haushalt. Man darf gespannt sein, ob dabei das Wohl der Stadt mehr im Mittelpunkt stehen wird, und ob es mehr Ergebnisse und weniger Polemik geben wird.

*Dr. Elvira Strauß
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE*

■ Fortschreibung des Lärmaktionsplanes der Stadt

Am 8. Dezember 2015 verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung die aktualisierte Fassung des Lärmaktionsplanes. Damit wurden die Vorgaben der EU-Umgebungsrichtlinie zur Kartierung des Lärms, zur Erfassung der von Lärm betroffenen Bewohner und der Festlegung von Maßnahmen zur Lärminderung umgesetzt. Betrachtet wurden die Lärmquellen Straßen- und Bahnverkehr. Vorgegangen waren Bürgerbeteiligung und die Beratung in den Fachausschüssen der SVV Erkner.

Von der Stadtverwaltung Erkner wurde die Planungsgruppe ISU-Plan mit der Erstellung beauftragt. Auf der Basis von Berechnungen zur Lärmbelastung zeigte diese, dass es Verbesserungen der Lärmsituation in Teilen von Erkner gibt. Hauptgründe zur Lärminderungen sind laut ISU-Plan Geschwindigkeitsbegrenzungen, Verbesserungen der Fahrbahndecken, Verlagerung von Straßenverkehr innerhalb der Stadt, Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Fahrrädern statt PKW. Diese Maßnahmen sollen fortgeführt werden. Sehr zu begrüßen sind geplante Verbesserungen des öffentlichen Nahverkehrs und bessere Angebote für die Nutzung des Fahrrads.

Leider muss man davon ausgehen, dass die Steigerung der Lärmbelastung durch die Zunahme des Bahn- und Straßenverkehrs größer ist als die Reduzierung durch die im Lärmaktionsplan enthaltenen Maßnahmen. Es fehlen Aktivitäten zur Reduzierung des Durchgangs- und Zielverkehrs.

Bürgermeister Kirsch wird kaum Unterstützer in den kommunalen Planungsgremien für die Entlastung Erkners vom Straßenverkehr finden. Nicht zu Unrecht werden Vertreter der Umlandkommunen darauf verweisen, dass Erkner mit den Eröffnungen von weiteren Supermärkten und Einkaufszentren den Verkehr anzieht und gleichzeitig die Existenz von Verkaufseinrichtungen in den Nachbargemeinden und die damit verbundenen Steuereinnahmen und Arbeitsplätze gefährdet. Eine nachhaltige Verbesserung der Lärmproblematik in Erkner ist so nicht möglich.

*Dr. Steffen Schorch
sachkundiger Einwohner der Fraktion DIE LINKE
im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauplanung,
Natur- und Umweltschutz, Verkehr*

Die Fraktion der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung Erkner wünscht Ihnen, Ihren Familien und Ihren Freunden ein gesundes und vor allem friedliches Jahr 2016.

Wir versprechen, uns auch im neuen Jahr für Ihre Interessen in Erkner einzusetzen.

■ Die Bürgerfragestunde – eine Posse?

Wieder einmal hatte die Fraktion der LINKEN einen augenscheinlich geradezu böswilligen Anschlag auf das Funktionieren unseres Gemeinwesens in der letzten Stadtverordnetenversammlung in Erkner vor.

Der Erkneraner Bürger darf im Stadtparlament in einem gesonderten Tagesordnungspunkt öffentlich Fragen an den die Versammlung oder den Bürgermeister richten. So sieht das die Kommunalverfassung vor. Die Verwaltung wird dort durch ihren Bürgermeister vertreten. Der ist deshalb „Hauptverwaltungsbeamter“.

Grundlage eines solchen Frage ist – das zeigt die Erfahrung – ein gewichtiges Anliegen des Bürgers, ein ihn drängendes Problem, ein Problem, bei dem er die Hilfe der Verwaltung oder der Stadtverordneten sucht. Wer geht schon mit seinen Problemen gern an die Öffentlichkeit?

Die Fraktion der LINKEN hatte deshalb einen Antrag gestellt. Die Fragen des Bürgers und die Antworten sollten als Anlage zu Protokoll der Stadtverordnetenversammlung genommen werden – wenn der Bürger das wünscht.

Die Fraktion hatte angenommen, dass die öffentlich bekundeten Anliegen des Bürgers als so wichtig anzusehen sind, dass sie auch wert sind, im Protokoll der Stadtverordnetenversammlung zu erscheinen. Und das Gleiche gilt natürlich für die Antworten – wenn der Bürger das wünscht.

Klar! Der Antrag musste von der Mehrheit der Stadtverordneten (CDU/SPD) wie üblich abge-

lehnt werden. Bemerkenswert ist aber die Begründung zur Ablehnung.

Ein „christlich-sozialer“ Stadtverordneter führte sinngemäß – unter beifälligem Gemurmel der SPD-Fraktion – nach meiner zugegeben subjektiven Erinnerung aus: Wir sollten doch nicht glauben, dass der Bürgermeister und mit ihm die Stadtverwaltung zu einer Antwort auf das Anliegen des Bürgers bereit wären, wenn sie befürchten müssen, dass auch diese Antwort protokolliert werden würde.

Man sollte sich diese Bemerkung auf der Zunge zergehen lassen! Man könnte meinen, uns will jener Stadtverordnete sagen: Es sei eben so wieso nicht zu erwarten, dass der Bürgermeister und die Stadtverwaltung dem Bürger in der Fragestunde eine zutreffenden, richtige und umfassende Antwort auf seine Frage gebe. Daher komme eine Protokollierung nicht in Betracht.

Denn irgendeine unqualifizierte Antwort muss auch nicht ins Protokoll.

Ja! Wenn das so ist ...

Ist das die Sicht des „christlich-sozialen“ Stadtverordneten? Und dafür hat er von anderen Beifall bekommen?

Ich kann nur hoffen, dass ich ihn gründlich missverstanden habe.

Unter „die Anliegen der Bürger ernst nehmen“ hatte ich bisher Anderes verstanden.

Wie will ich da Vertrauen in die „Obrigkeit“ schaffen? Oder ist der das egal?

Michael E. Voges

Fraktion DIE LINKE,

Mitglied im Hauptausschuss,

Mitglied im Ausschuss Finanzen, Haushaltsplanung, Wirtschaftsförderung, Tourismus

Impressum

Erkner – ungefiltert – Informationen der Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner, V.i.S.d.P.: Dr. Elvira Strauß, Fraktionsvorsitzende, Telefon: 574 7003
Redaktionsschluss: 28. Dezember 2015
Druck: Buch- u. Offsetdruckerei Häuser KG, Köln;
Auflage: 1 000 Stück
E-Mail: kontakt@linke-erkner.de
Internet: www.linke-erkner.de



Zeichnung: Gertrud Zucker

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen ...

■ DIE LINKEN stellen in der Stadtverordnetenversammlung am 8. Dezember 2015 folgende Anträge:

1. Antrag: In der Geschäftsordnung der SVV vom 22. 12. 2014 wird in §7 „Sitzungsablauf“ eingefügt: „Nachfragen der Stadtverordneten zum Bericht des Bürgermeister sind erlaubt“.

2. Antrag: In der Einwohnerbeteiligungssatzung vom 24. 2. 2009 wird hinter §2 „Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung“ eingefügt: „Die Fragen der BürgerInnen sowie die Antworten der Befragten werden schriftlich ins Protokoll aufgenommen“.

3. Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, eine Grobstudie in Auftrag zu geben, um die Machbarkeit einer gegenüber dem gegenwärtig vorgefundenen Zustand veränderten Verkehrsführung von und zur Baekeland-Brücke in ihrem nördlichen Bereich zu prüfen. Darüber hinaus soll die Studie Möglichkeiten für eine Schaffung von weiteren Parkflächen auf dem Parkplatz des ÖPNV prüfen.

4. Antrag: Der Bürgermeister wird ersucht,



1. den bisher als Badesteg im Strandbad Dämeritzsee fungierenden Steg zeitnah unter der Maßgabe des Betretens auf eigene Gefahr für die Allgemeinheit zu öffnen sowie

2. bis zu Beginn der Badesaison 2016 Vorkehrungen für eine hinreichend sichere Abgrenzung des Steges von der Badestelle als Voraussetzung für das Offenhalten in den Sommermonaten zu treffen.

5. Antrag: Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Wiederaufbau der Sonnenuhr an einem innerstädtischen Standort aus. Dazu wird der Bürgermeister ersucht,

- den Verein Tiere für Euch zu gewinnen, die dem Verein geschenkte Sonnenuhr an die Wohnungsgesellschaft Erkner zurückzugeben,
- der Wohnungsgesellschaft Erkner aufzugeben, die Sonnenuhr auf ihrem Grund und Boden auf der Südseite vor dem Hauseingängen Am Walde 15/16 wieder aufzubauen, sofern kurzfristig nicht ein geeigneter Standort in der Innenstadt zu finden ist.

Der 3. Antrag wurde einstimmig in den zuständigen Bauausschuss überwiesen. Alle anderen Anträge wurden von der Mehrheit aus SPD und CDU abgelehnt.

■ Zu den Anträgen des Bürgermeisters zur Lärmaktionsplanung gab es von den LINKEN folgende Änderungsanträge:

a) Die Beschlussempfehlung lautet in Satz 1 bisher wie folgt: „Die Stadtverordnetenversammlung möge die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes für die Stadt Erkner in der Fassung vom Juli 2015 als Handlungskonzept bzw. planerische Grundlage zur Reduzierung und Vermeidung von Umgebungslärm im Stadtgebiet beschließen.“ Es wird von uns vorgeschlagen, die Beschlussempfehlung wie folgt zu ergänzen. Nach der Jahresangabe 2015 soll folgen-

de Ergänzung eingefügt werden: „einschließlich der Übersichten über den Erfüllungsstand gemäß LAP-Maßnahmentabelle und zur Abwägung der Stellungnahmen“. Damit werden in den Beschluss des Lärmaktionsplanes die Hinweise und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger seit Juli 2015 aufgenommen und ein aktueller Arbeitsstand beschlossen.

Nach langer Diskussion sieht die Verwaltung ein, dass die Idee, nur den Stand vom Juli 2015 zu beschließen, nicht zielführend ist. Im Text wird die Verantwortung des Bürgermeisters und seiner Vertreter vermerkt, so wie es Steffen Schorcht (Sachkundiger Einwohner auf der Liste der LINKEN) in seinen Anregungen forderte. Der Lärmaktionsplan soll in unserem Sinn geändert werden, verspricht die Verwaltung.

b) Die Woltersdorfer Landstraße, speziell der Bereich Einmündungen der Julius-Rütgers-Straße in die Woltersdorfer Landstraße, muss in die Planung der Stadt als wichtiger Punkt einfließen. Es sollen folgende Maßnahmen geplant und umgesetzt werden:

1. Herstellung eines bei jeder Witterung passierbaren Fuß- und Radweges im Bereich der Shell-Tankstelle; d.h. Schaffung von modernsten Niederschlagswassererfassungs- und -ableitungseinrichtungen sowie Versickerungsanlagen.
2. Herstellung einer sicheren Quermöglichkeit der Woltersdorfer Landstraße für Radfahrer stadteinwärts.
3. Bau bzw. Markierung eines neuen Radweges stadteinwärts (rechte Seite) zwischen Querung der Woltersdorfer Landstraße und Ende des Radweges im Bereich des S-Bahn Werkes.

Dieser Antrag wurde in den Stadtentwicklungsausschuss zur weiteren Beratung verwiesen.

Ein Logo, das keiner möchte ...

Eine verstopfte Friedrichstraße, neue Discounter statt Ärzte am Bahnhof und der stetig steigende Lärm – bei aller Schönheit unserer Stadt hat Erkner sicherlich auch einige Baustellen, welche die Stadt angehen könnten.

Blickt man auf die Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung, so entdeckt man lediglich einen einzigen Tagesordnungspunkt, den die SPD ins Gespräch brachte: die umfassende Beschilderung Erkners als „Gerhart-Hauptmann-Stadt“. Und um die dringlichen Fragen und Probleme auch weiterhin nicht anzupacken, will man auch gleich ein neues Stadtlogo einführen. Hier wird keinem geholfen, echte Probleme werden nicht gelöst.

Brisant: Weshalb gerade der Künstler Hans-Joachim Petzak seine Vorschläge für das Stadtlogo (siehe Abbildung) einreichen konnte und nicht ein offener Wettbewerb stattfand, ist ebenso unverständlich wie die Tatsache, dass die ErkneranerInnen nun in einer Pseudo-Abstimmung im Rathaus und per Internet das „schönste“ Logo auswählen sollen. Auch fiel kein Wort über



Die Thematik ist auf der Internetseite der Stadt nicht mehr nachvollziehbar ...

Bildquelle:
www.erkner.de

die Kosten und wo das Logo eingesetzt werden soll. Wer hat die BürgerInnen eigentlich gefragt, ob sie überhaupt ein Logo möchten? Wer hatte sie denn damals über den Namenszusatz „Gerhart-Hauptmann-Stadt“ abstimmen lassen?

Zurecht kochen die Emotionen im Internet bei Facebook (öffentliche Gruppe „Erkner und Umgebung, wir wohnen da wo andere Urlaub machen“) hoch. Einzig ist man sich dort über eines: Weder braucht Erkner ein Stadtlogo noch möchte man sich für einen der vorliegenden Entwürfe entscheiden. „Nichts Neues“,

„copy-and-paste-Logos“ und „Kindergartenkritzelei“ sind nur drei der vielen, abfälligen Kommentare, die Herrn Gürke (SPD-Fraktionsvorsitzender) immer wieder dazu bringen, sich in dem sozialen Netzwerk zu rechtfertigen.

Während sich die SPD-Fraktion aktuell redlich um den Austausch der Ortseingangsschilder mit dem Zusatz „Gerhart-Hauptmann-Stadt“ kümmert (Kosten 3800 €), stehen wir LINKE bereit, um mit Ihnen gemeinsam über die wirklich wichtigen Themen unserer Stadt zu diskutieren. Kommen Sie einfach vom 18. bis 20. Januar 2016 um 18.30 Uhr zu den Ausschusssitzungen ins Rathaus. Übrigens wird auch dann wieder über das Stadtlogo beraten. Wäre das nicht eine ideale Möglichkeit, dass auch Ihre Stimme von Herrn Bürgermeister Jochen Kirsch (SPD) endlich einmal wahrgenommen wird?

Am Samstag, 23. Januar 2016, findet zwischen 10 und 12 Uhr die nächste Bürgersprechstunde unserer Stadtverordneten in der Friedrichstraße statt. Sie haben dort zugleich die Möglichkeit, direkt vor Ort Ihre Briefwahlunterlagen zum Volksbegehren gegen den BER-Ausbau zu beantragen. Kommen Sie doch einfach mal vorbei und sprechen Sie mit uns bei einer Tasse Kaffee. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Ihre Fraktion DIE LINKE

in der Stadtverordnetenversammlung Erkner

Termine

- Mo. 18. 1., 18.30 Uhr, Bürgersaal im Rathaus, Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport, Kultur
- Di. 19. 1., 18.30 Uhr, Bürgersaal im Rathaus, Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauplanung, Natur- und Umweltschutz, Verkehr
- Mi. 20. 1., 18.30 Uhr, Bürgersaal im Rathaus, Sitzung des Ausschusses Finanzen, Haushaltsplanung, Wirtschaftsförderung, Tourismus
- Sa. 23. 1., 10–12 Uhr, Friedrichstraße (Rewe), Bürgersprechstunde der Fraktion DIE LINKE
- Di. 26. 1., 18.30 Uhr, Bürgersaal im Rathaus, Sitzung des Hauptausschusses
- Di. 9. 2., 18.30 Uhr, Bürgersaal im Rathaus, 9. Stadtverordnetenversammlung mit Einwohnerfragestunde

Termine der öffentlichen Sitzungen der Fraktion DIE LINKE im Internet unter www.linke-erkner.de.

Volksbegehren gegen Massentierhaltung

Letzter Unterschriftstermin ist der 14. Januar 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

„Wir machen Tierwohl“ – das ist eine Kampagne von Landwirten. Der Handel schreibt in den Werbeprospekten ständig: Wir unterstützen das Tierwohl mit einigen Cents von jedem verkauften Kilo Fleisch.

Warum braucht es solch eine Kampagne? Ich dachte immer, es sei normal, mit seinen Tieren artgerecht umzugehen, um hohe Erträge zu erreichen. Warum also diese Aktion? Vielleicht, weil immer mehr Menschen fragen, woher denn unser täglich (Billig-) Fleisch so kommt und was da mit den Tieren passiert. Warum werden die frischgeborenen Kälbchen den Müttern, welche sie monatelang in sich trugen, schon wenige Stunden nach der Geburt entrisen? Natürlich, weil das Kälbchen uns Menschen den Joghurt und die Milch weg saufen würde. Und wo bleiben die vielen männlichen Kälbchen?

Warum werden den männlichen Schweinchen kurz nach der Geburt die Hoden betäubungslos entfernt und ihnen die Ringelschwänzchen abgeschnitten (es heißt wohl kopiert – ist auch nicht besser und sicher schmerzhaft)? Weil das Fleisch dann angeblich besser schmeckt?

Warum werden die empfindlichen Schnäbel der Küken gekürzt? Nur damit sie sich nicht gegenseitig verletzen in der drangvollen Enge eines Megastalls mit Megabesatz, wenn sie sich vor Langeweile die Federn ausrupfen. Und das sind dann aber nur weibliche Küken, denn die meisten männlichen werden gleich nach dem Schlüpfen in den Schredder oder ins Gas geschickt. Etwa 40 Millionen mal wird das pure, piepsende Leben zum Tode verurteilt und das nur in Deutschland. Angeblich kann man die Hähnchenküken nicht so gut mästen wie die weiblichen Küken. Außerdem werden die Hennen ja für die Eierproduktion gebraucht.

Warum gibt es immer noch Kastenstände für Sauen und Schweineaufzucht auf Spaltböden? Warum gibt es ein Schweinehochhaus für die Ferkelproduktion? Warum wird immer noch

über Anbindehaltung in der Rinderzucht diskutiert statt dieselbe abgeschafft? Warum werden Mengen von Antibiotika in der Tierzucht zum Einsatz gebracht? Warum wundern wir uns noch über immer mehr multiresistente Keime?

In Deutschland werden etwa 180 000 tragende Kühe jährlich geschlachtet, und das mit entsorgte Kalb erleidet einen qualvollen Tod. In den Schlachthöfen werden tausende Tiere ohne Betäubung gebrüht, ausgeweidet und getötet, weil un ausgebildetes Personal dort arbeitet. Denken Sie mal darüber nach, wenn Sie wieder herzhaft in ein Stück Fleisch beißen.



www.volksbegehren-massentierhaltung.de

All die aufgeführten Fragen und Informationen findet man in den

Spätfernsehprogrammen und im Internet, wenn man sich dafür interessiert. Ich möchte hier niemanden überzeugen, Vegetarier oder Veganer zu werden. Ich esse auch Fleisch. Diese Entscheidung muss schon jeder selbst treffen. Wir haben es aber in der Hand, Missstände zu hinterfragen und unsere Meinung dazu kundzutun.

Derzeit gibt es bis zum 14. Januar 2016 im Land Brandenburg ein Volksbegehren gegen Massentierhaltung. 80 000 Brandenburgerinnen und Brandenburger müssen mit ihrer Unterschrift das Volksbegehren unterstützen, damit sich der Landtag damit beschäftigt. Die Briefwahl-Unterlagen kann man in den Gemeinde-/Stadtverwaltungen anfordern. Sie können aber auch direkt in den Verwaltungen unterschreiben. Machen Sie mit!

Die gesamte Fraktion der LINKEN und ich freuen Sie zur Unterschrift für den Tierschutz auf.

PS: Etwa 30 Prozent der Lebensmittel werden weggeworfen. Wie viele Tiere müssen also Qual und Tod erleiden, um in der Mülltonne zu landen? Vielleicht geht es uns einfach nur zu gut!

Andrea Pohl,

Fraktion DIE LINKE in der

Stadtverordnetenversammlung Erkner

Brandenburg, das Schadstoffklo Berlins!

Volksbegehren „Keine Kapazitätserweiterung am BER“ endet am 18. Februar 2016

Die Hotelanlage: Fünf Mahlzeiten täglich, Animation in drei Sprachen am Pool, ein toller Wellness-Bereich. Außerhalb der Anlage: Tristesse, abgeladener Müll und wenig für das Auge.

Was wie ein üblicher Pauschalurlaub daher kommt, ist in Wahrheit das Bild, wie es so mancher Berliner Politiker vor Augen hat, wenn sie oder er an Berlin und Brandenburg denkt. Innen hui, außen pfui. Die Wahrheit ist: Brandenburg hat viele schöne Ecken, so manche schöner als die pulsierende Hauptstadt. Auf jeden Fall anders. Und es ist genau diese Andersartigkeit, die Brandenburg ausmacht: Schöne Wälder, ruhige Umgebung, niedliche Kleinstädte.

Unsere zahlreichen Seen, Wälder und Naturschutzgebiete will man uns aber nehmen. Vorbei die Zeit des Erholungstourismus. Nach dem Willen der Berliner SPD und CDU sind wir in Brandenburg das Lärm- und Schadstoffklo für Berlin, sowie akzeptiertes Risikogebiet abfallender Flugzeugteile oder Schlimmerem.

Der Chef der Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH, Karsten Mühlenfeld, äußerte jüngst Bedenken an einer internationalen Drehkreuzfunktion am BER (O-Ton): „Man müsse die Vision

von internationalen Drehkreuz aufgeben.“ Auch ein Gutachten vor Baubeginn und vom Flughafen selbst beauftragt ergab, dass Schönefeld für ein internationales Drehkreuz nicht geeignet sei. Mehrere Berliner Politiker (u.a. CDU-Generalsekretär Kai Wegner) meldeten sich dennoch prompt zu Wort und forderten Mühlenfeld auf, ein solches Drehkreuz zu entwickeln.

Die Forderung aus Berlin würde bedeuten, dass der BER weiter mit einer zusätzlichen Start-/Landebahn und weiteren Terminals ausgebaut wird. Letzteres hat der BER-Aufsichtsrat bereits beschlossen. Schaut man nach Frankfurt (Main), so wird man den Wildwuchs mit all seinen Nebenwirkungen schnell erkennen. In den BER fließen weiter Unsummen von Geld, die wir dringend woanders benötigen. Es sollen aktuell weitere 2,8 Milliarden Euro in den BER fließen, die EU-Kommission wird hierüber voraussichtlich zum Jahreswechsel entscheiden.

Wir Brandenburger sind stolz auf unsere Nähe zu Berlin. Viele von uns arbeiten dort und haben Familie und Freunde in Berlin. Daher lassen wir uns weder von Herrn Wegner noch von anderen Skandalpolitikern ohne Durchblick und

Sachverstand zum Fußballstreifer der Hauptstadt degradieren.

Unterschreiben Sie bitte daher das Volksbegehren „Keine Kapazitätserweiterung am BER“ bis zum 18. Februar 2016 in Ihrer Gemeinde oder nutzen Sie das Internet, um Ihre kostenlose Briefwahlunterlagen anzufordern.

Die Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner unterstützt das Volksbegehren „Keine Kapazitätserweiterung am BER“.

Mario Hausmann
stellvertretender Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE in der
SVV Erkner



Foto: Fotolia (photophonie), Layout: Ines Glöckner

Weitere infos im Internet: <https://www.stimme-gegen-fluglärm.de>